

nachrichten

Jobs im Hinterstübchen

Die Arbeitsteilung durch das Internet hat zahlreichen Filipinos Arbeit in sogenannten »backroom operations« beschert. Das heißt sie erledigen für große Unternehmen mit denen sie nur virtuell verbunden sind bestimmte Aufgaben. So beantworten auf dem früheren US-Stützpunkt Clark Air Base rund 500 technische Angestellte e-mails von American On-Line Kunden aus aller Welt. Auch Ingenieurarbeiten wie Softwareentwicklung oder Designerzeichnungen werden auf den Philippinen erstellt und per Internet an die Firma geliefert.

Vgl. PST 15.11.99

Agrarproduktion wieder gestiegen, Reisernte gut

Die philippinische Agrarproduktion ist in den ersten neun Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 6,18 Prozent gestiegen. Sie lag allerdings unter der Produktivität von 1997, hat sich also von den schweren Folgen der auf EL Nino zurückgeführten Wetterbedingungen noch nicht ganz erholt.

Auch mit der diesjährigen Reisernte ist man im Gegensatz zum Vorjahr zufrieden. Sie ist um zehn Prozent höher als im Vorjahr und wird die Versorgungslage für die Verbraucher entspannen.

Vgl. PST 7. u. 10.11.99

ASEAN-Gipfel

Ab dem Jahr 2010 sollen Zollschränken beim Import von Waren aus sechs der ASEAN-Mitgliedsstaaten fallen, so beschlossen die Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in Manila. Die künftige Zollfreiheit betrifft Brunei, Indonesien, die Philippinen, Singapur und Thailand. Ab Januar 2000 werden die Importzölle auf 5 Prozent oder weniger reduziert. Dies sind die ersten Schritte in Richtung der geplanten asiatischen Freihandelszone. Sicherheits- und Wirtschaftsfra-

gen sollen durch eine Führungsriege aus hohen Beamten erörtert werden, die kontinuierliche Kooperation auch zwischen den Gipfeltreffen gewährleisten sollen.

Auf einen vorgeschlagenen Katalog von Regeln für das Gebiet der von mehreren Nationen beanspruchten Spratly-Inseln konnte man sich mit China noch nicht einigen, will aber weiter daran arbeiten.

Vgl. PDI 2911.99

Verfassungsänderung für ausländische Investoren

Für seine Vorstellung von Öffnung der philippinischen Wirtschaft für ausländische Investoren warb Präsident Estrada mit dem Beispiel Thailands. Der dort hochentwickelte Telekommunikationssektor sei ausschließlich von ausländischen Investoren finanziert worden. Mangels einheimischer Investoren für solch kapitalintensives Engagement sei es erforderlich, die Verfassungsbestimmungen zu ändern, wonach Ausländer nur 40 Prozent Anteile halten dürfen. Um Bedenken zu zerstreuen schlug Estrada ein Abkommen mit den Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern vor, das Verfassungsänderungen auf wirtschaftliche Bestimmungen beschränken soll und so etwa die Verlängerung der Amtszeiten von Mandatsträgern abschließt.

Nachdem die Umfrage eines unabhängigen Instituts ergeben hat, dass die Filipinos

mehrheitlich gegen Verfassungsänderungen sind und ihr Widerstand sich gerade auf die wirtschaftlichen Bestimmungen bezieht, die für Präsident Estrada zentral sind, soll eine massive Kampagne für die Pläne des Präsidenten, genannt ConCord (Constitutional Correction for Development), gestartet werden, wenn seine Popularitätswerte wieder besser sind. Die Kosten dafür sollen von privaten Spendern getragen werden.

Eine Gruppe, sie nennt sich die »schweigende Mehrheit«, startete bereits eine Unterschriftskampagne zur Unterstützung der Verfassungsänderung. Initiator ist Dante Ang, Eigentümer der Zeitung »Kabayan« und PR-Berater der Vizepräsidentin. Diverse Unternehmerverbände haben bereits für die Kampagne gespendet.

Vgl. PDI 14., 29.9., 15. u. 20.11.99, MBI 11.10.99

Lohnforderungen

Nicht zuletzt aufgrund der Verteuerung des Öls gab es harte Auseinandersetzungen um Lohnforderungen. Die linke Gewerkschaft KMU (Killsang Mayo Uno) forderte eine pauschale Lohnerhöhung von 125 Pesos pro Tag, um die Verteuerungen verkraften zu können und drohte mit Streiks. Der

Mindestlohn für die Region Manila ist um 25.50 Pesos auf 223,50 Pesos angehoben worden. Mehr wäre schlecht für die Arbeitslosenrate und für ausländische Investoren, meinte der Präsident.

Vgl. MTI 8. u. 17.10.99, PDI 16.10.99

Bankenfusion

Die »Bank of the Philippine Islands«, die zur Ayala-Gruppe gehört und die »Far East Bank« haben sich zusammengetan und bilden nun das größte philippinische Geldinstitut, mit Aktiva von insgesamt 352 Milliarden Pesos. Präsident Estrada ermunterte auch die anderen Privatbanken des Landes, ihre Fusionsbestrebungen zu verstärken, um sich auf dem internationalen Markt behaupten zu können. Er wünsche auch die beschleunigte Privatisierung der halbstaatlichen Philippine National Bank, sagte der Präsident.

Vgl. PDI 22.10.99, PST 22., 23. u.24.10.99

Neue Eigentümer der Manila Times

Unter den neuen Eigentümern, der im Sommer verkauften traditionsreichen Tageszeitung »The Manila Times« befindet sich über seinen Sohn Marcel Crespo auch der Geschäftsmann Mark Jimenez. Gegen den ehemaligen Vertrauten des Präsidenten Estrada läuft zur Zeit in den USA ein Auslieferungsverfahren wegen unsauberer Geschäfte. Auch der zweite Käufer der zunächst durch einen Strohmann erworbenen 60 Prozent der Geschäftsanteile ist kein Unbekannter, es handelt sich um Mariano »Brother Mike« Velarde, zentrale Figur der mehrere Millionen Anhänger starken katholischen charismatischen Bewegung »El Shaddai«.

Vgl. PDI 20.11.99

Größte Stahlfabrik schließt

Die größte Stahlfabrik der Philippinen, National Steel Corporation in Iligan, Mindanao hat ihre Tore geschlossen. Rund 2000 Arbeiter haben damit ihren Job verloren. Sie demonstrierten für die baldige Wiederaufnahme der Produktion in der total verschuldeten Stahlkocherei, die zwangsversteigert werden soll.

Vgl. PDI 7.11.99, PST 29.11.99

General Motors

Der Autokonzern General Motors hat sich entschieden, auf den Philippinen einen Herstellungsbetrieb anzusiedeln und ist auf der Suche nach einem lokalen Partner. Viele einheimische Autofabriken stehen zur Zeit die Fließbänder still oder sind beinahe leer.

Vgl. PST 3.11.99

China und USA Kreditgeber für Agrarproduktion

Einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar zur Modernisierung der Landwirtschaft sagte Chinas Präsident Jiang Zemin den Philippinen zu. Mit dem Geld sollen Reiserntemaschinen, Traktoren und andere in China produzierte Landmaschinen angeschafft werden. Der philippinische Botschafter in den USA, Ernesto Maceda, kündigte indes an, die Philippinen würden für das nächste Jahr von den USA 25 Millionen Dollar für Reis, Getreide und Ölsaaten erhalten.

Vgl. MBI 12.10., u. 18.11.99

Bevölkerung wird sich verdoppeln

Nach derzeitiger Schätzung wird sich die Bevölkerung der Philippinen in den nächsten zwanzig Jahren verdoppeln. Bei einer Wachstumsrate von zur Zeit 2,3 Prozent wird die Zahl der Filipinos von heute 72 Millionen auf 150 Millionen im Jahr 2020 anwachsen.

Der Abgeordnete Carlos Cojuangco vom Ausschuss für Bevölkerung und Entwicklung nannte diese Zahlen im Zusammenhang mit Forderungen nach mehr Lehrern, Klassenzimmern und besseren Sozialstandards. Es fehlten bereits heute 9.000 Lehrer und 20.000 Klassenzimmer, 28,2 Prozent der Kinder im Vorschulalter und 7,4 Prozent der Schulkinder seien untergewichtig.

Vgl. MBI 14.9.99

Weg von der Straße

Bei der Räumung einer Slumsiedlung am Roxas Boulevard in Pasay, Metro Manila, im Vorfeld des ASEAN Gipfels wurden vier Menschen getötet, darunter drei Kinder, und zwanzig weitere verletzt. Die Opfer sollen zu Tode getrampelt worden sein. Rund 3000 Menschen wurden aus ihrer Hütten vertrieben, ein Abristeam und Mitglieder einer Spezialtruppe gingen mit Tränengas gegen die illegalen Siedler vor und feuerten Schüsse in die Luft ab. Die Slumbewohner hatten versucht, die Abbrucharbeiter zunächst mit Seilen und Reifen fernzuhalten, später wehrten sie sich mit Steinen gegen die Vertreibung. Die Bitte um ein paar Minuten Zeit, um ihre Habseligkeiten aus den Häusern zu holen, soll ihnen verwehrt worden sein.

Straßenkinder und ihre Familien sollen nach den Vorstellungen der Sozialministerin, Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, vor dieser Existenz gerettet und an ihre Heimatorte zurückgebracht werden. Manilas Polizei versprach, das Programm zu unterstützen. In erster Linie sollen bettelnde Familien die Hauptstadt verlassen, die extra zur Weihnachtszeit anreisen, um von der vorweihnachtlichen Großzügigkeit der Manilenos zu profitieren, häufig seine dies Aetas, Badjaos und Ifuagaos. Die ersten vierhundert Menschen wurden bereits auf Lastwagen verladen um aus Manila weggebracht zu werden. »Sie werden nicht verhaftet, sie werden praktisch gerettet«, erläuterte der Leiter der Einsatzgruppe.

Vgl. MBI 12.10. u. 20.11.99, MTI 19.11.99

Ölpreise steigen mehrfach

Der Vorsitzende der philippinischen Bischofskonferenz, Oscar Cruz, forderte neue Maßnahmen zur Regulierung der Ölpreise, nachdem das bestehende Deregulierungsgesetz nachteilige Folgen habe. Das Gesetz von 1998 erlaubt den Ölfirmen, ihre Preise ohne Absprache mit der Regierung festzusetzen, auch wenn der Präsident in manchen Fällen durch Gespräche modera-

tere Erhöhungen erreichen konnte.

Die Menschen ächzten unter den Preiserhöhungen für verschiedene Güter, die Folge der erhöhten Ölpreise seien, ihre Kaufkraft nehme ab. Seit April diesen Jahres sind die Ölpreise siebenmal angehoben worden, ein Ende ist noch nicht in Sicht.

Vgl. PDI 29.9., 31.10., u. 13.11.99

Hausbau-Programm

Unzufrieden mit den langsamen Fortschritten seines Programms für günstige Häuser hat Präsident Estrada selbst die Federführung in dem Projekt übernommen und einen neuen Berater dafür ernannt. Das Programm solle das Herzstück seiner Regierungspolitik werden, sagte er. Er wolle in den nächsten fünf Jahren tausend günstige Häuser pro Tag schaffen, versprach er den Armen. Vertriebene Slumbewohner, Armeeingehörige, Lehrer und Regierungsangestellte sollen davon profitieren können.

Kreditzinsen für Wohneinheiten, die weniger als 180 000 Pesos kosten, sollen von 16 auf neun Prozent gesenkt, die Rückzahlungsfrist auf 30 Jahre verlängert werden. Großinvestoren warten bereits auf die Kapitalaufstockung der entsprechenden Kreditvergabe-stelle. Kritiker befürchten, dass auf Umwegen Ausländer über solche Kredite zu Landbesitz kommen können, wenn die Verfassung geändert werden sollte.

Vgl. PDI 14.10., 20.10. u. 14.11.99, MTI 20.10.99

nachrichten

Rücktritt des Kabinetts

Präsident Estrada hat alle Kabinettsmitglieder aufgefordert, ihren Rücktritt aus Gefälligkeit einzureichen, damit er freie Hand hat, zum Jahresende das Kabinett umzubilden. Bisher wurde nicht bekannt, welche Positionen verändert werden sollen, einige Minister haben jedoch verlauten lassen, die Arbeit im Dienst der Regierung sei ein undankbarer Job, sie wollten zurückkehren in die freie Wirtschaft.

Vgl. PST 25. u. 26.11.99, MTI 26.11.99

Hohe Export- einnahmen

Einen satten Überschuss weist die Zahlungsbilanz der Philippinen für die ersten acht Monate des Jahres auf. Das Plus ist mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahreszeitraum, gab die philippinische Zentralbank bekannt. Die Einnahmen aus Exporten liegen um 14,7 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Am häufigsten wurden elektronische Erzeugnisse ins Ausland verkauft, an zweiter Stelle stehen Maschinen und Transportmittel.

Vgl. PST 22.11.99

nachrichten

Pinays in Südkorea

Rund 600 junge philippinische Frauen arbeiten als Tänzerinnen und Prostituierte zum Vergnügen der Soldaten auf den US-Stützpunkten in Südkorea. Die meisten sind minderjährige Schulabbrecherinnen aus Central-Luzon.

Sie würden mit Hilfe von Flughafenangestellten illegal außer Landes gebracht, teilte die »Koalition gegen Frauenhandel« mit. Die Gruppierung wurde von einer koreanischen Frauenorganisation auf die alarmierende Zahl von jungen Filipinas aufmerksam gemacht, die rund um die US-Stützpunkte arbeitet.

Vgl. PDI 27.11.99

US-Matrosen randalieren in Cebu

Während eines Freundschaftsbesuchs des US-Hubschraubertägers Belleau Wood randalierten betrunkene US-Matrosen in einem Strandresort, weigerten sich, Rechnungen zu bezahlen und warfen Feuerwerkskörper aus fahrenden Taxis. Die örtliche Polizei wollte die Randalierer nicht verhaften, da sie der Ansicht war, die Matrosen seien unter dem jetzt gültigen Militärvertrag VFA (Visiting Forces Agreement) für philippinische Strafverfolger immun.

Im Februar sollen 2000 US-Soldaten im Rahmen des VFA für Manöver in die Philippinen kommen.

Vgl. MTI 4.11.99

Kommission unter Beschuss

Eine Kommission, die Präsident Estrada eingerichtet hat, um ihn zu beraten bei Gnadengesuchen von Todeskandidaten ist von einer Juristenvereinigung scharf angegriffen worden. Man akzeptiere das Begnadigungsrecht des Präsidenten, nicht jedoch ein Gremium, das ohne gesetzliche Grundlage quasi richterliche Gewalt ausübe und Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs korrigiere. Die Einrichtung der Kontrollkommission war Estrada von seinem spirituellen Berater Mariano Velarde nahegelegt worden.

Der Präsident hatte Anfang Oktober vier Todeskandidaten auf Anraten der Kommission hin begnadigt. Damit stehe die Kommission de facto über der philippinischen Justiz und mache deren Urteile überflüssig.

Der Sprecher des Präsidenten, Jerry Barican, räumte im Zuge der Auseinandersetzungen um die Kommission ein, es sei an der Zeit, das Gesetz zur Todesstrafe zu überden-

ken. Die Zahl der zum Tod Verurteilten sei jetzt schon so groß, dass in den nächsten vier Jahren jeden Tag einer von ihnen hingerichtet werden müsse, rechnete Barican vor. Er frage sich, ob die philippinische Gesellschaft dazu bereit sei. Tags darauf sah sich Barican allerdings genötigt, diese Äußerungen als seine persönliche Meinung zu kennzeichnen.

Seinen Sitz in der Kontrollkommission zur Todesstrafe aufgegeben hat Bischof Francisco San Diego, San Pablo. Zur Begründung gab er zahlreiche pastorale Verpflichtungen an.

Er hatte bei seiner Berufung in das Beratungsgremium angekündigt, er werde seinen Sitz in der Kommission sofort aufgeben, sollte er sich benutz fühlen zur Rechtfertigung der Todesstrafe. Dies war offenbar der Fall, nachdem er im Fall Pablito Andan überstimmt worden war.

Vgl. MTI 19., 20. u. 21.10.99, PDI 17.10.99, UCAN 29.10.99

Wachsamkeit für die Demokratie

Zum 27. Jahrestag der Ausrufung des Kriegsrechts durch Diktator Ferdinand Marcos rief Manilas Erzbischof Kardinal Jaime Sin dazu auf, im Notfall auch das Leben zu riskieren für Freiheit und Demokratie. Die Großveranstaltung, zu der auch die frühere Präsidentin Corazon Aquino mobil gemacht hatte, hatte auch einen tagesaktuellen Zweck zu erfüllen, nämlich die Ablehnung der von Präsident

Estrada geplanten Verfassungsänderungen kundzutun. Dies geschah nach zahlreichen Gebetsmärschen im ganzen Land auch effektiv durch eine Lärmbarrikade, zu der die Kirchenglocken läuteten, begleitet von Autohupen, Töpfen und Trommeln. Die Arbeiter hielten einen großen Demonstrationmarsch ab um höhere Löhne zu fordern, nachdem der Ölpreis angestiegen war.

Vgl. MBI 22.9.99

Philippinische Truppen in Osttimor

240 Philippinische Soldaten sind zusammen mit australischen Truppen für die multinationale Friedenstruppe nach Osttimor geflogen worden. Die Kosten für den Einsatz trägt zunächst der philippinische Staat, möchte sie aber von den Vereinten Nationen zurückerstattet haben. Der Verteidigungsminister möchte weitere 1000 Soldaten nach Osttimor schicken.

Der Plan ist jedoch im Senat auf Widerstand gestoßen. Das Geld solle statt dessen lieber in die paramilitärischen CAFGU-Einheiten (Citizens Armed Forces Geographical Units) gesteckt werden. Zwischenzeitlich hatte es Nachschubprobleme für das philippinische Osttimor-Kontingent gegeben.

Vgl. MBI 18.9.99, PDI 24.10.99, MTI 4.11.99

Minderjährige Todeskandidaten

Trotz anderslautender Gesetze soll es in philippinischen Gefängnissen auch Minderjährige geben, die zum Tod verurteilt worden sind. Dies enthüllte ein Jesuitenpriester, der in der Gefängniseseelsorge tätig ist. Pater Silvino Borres sagte, allein im New Bilibid Gefängnis von Muntinlupa, südlich von Manila, wisse er von mindestens sieben Verurteilten unter 18 Jahren, die exekutiert werden sollen, obwohl für Minderjährige die gesetzliche Höchststrafe lebenslänglich ist.

Weiter forderte der Priester, dass die betroffenen Jugendlichen in einem Gefängnis in ihrer Heimatprovinz einsitzen sollten, um für ihre Angehörigen erreichbar zu sein. Im Gefängnis von Muntinlupa seien sie in den gleichen Schlafsälen wie die erwachsenen Gefangenen untergebracht.

Vgl. UCAN 2.9.99

Erfolgreich gegen Pauschalisierung

Ein populärer australischer Sportkommentator ist suspendiert worden, weil er in einer Bemerkung über eine in Australien verheiratete Filipina nahe legte, sie sei eine Katalogbraut.

Die Kameras fingen während einer Pause bei einem Kricketspiel zufällig das australisch-philippinische Hochzeitspaar ein, und der Kommentator plauderte mit rassistischem Tonfall über die Braut, Sie sehe hübsch aus, ob sie wohl eingeflogen worden sei, überlegte er laut. Die Computeranalytikerin wehrte sich gegen diese Bemerkung, der Fernsehsender musste eine Entschuldigung ausstrahlen.

Der Bericht einer UN-Kommission förderte zutage, dass die Medien im asiatisch-pazifischen Raum nach wie vor sexistisch über Frauen berichteten.

Vgl. PDI 25.10. u.3.11.99

Budget verabschiedet

Mit großer Mehrheit ist der Etat für das Jahr 2000 in Höhe von 651 Milliarden Pesos vom Kongress verabschiedet worden. Der größte Einzeletat ist für Erziehung, Kultur und Sport vorgesehen (85 Milliarden), vor allem der Bau neuer Schulen soll hiervon finanziert werden, gefolgt vom Verteidigungsetat (55 Milliarden). Aus dem mit 7,1 Milliarden Pesos veranschlagten »Priority Development Assistant Fund« können

Abgeordnete Gelder für Projekte beantragen.

Schon im Vorfeld der Haushaltsberatungen hatten die Kongressabgeordneten 50 Millionen Pesos zugeteilt bekommen, über die sie für ihre Wahlkreise verfügen können. Einige Abgeordnete können bis zu 500 Millionen abrufen, den Senatoren stehen 175 Millionen zu. Anders als früher müssen die Projekte vom Haushaltsminister genehmigt werden. Es

wird befürchtet, dass der Präsident Gegner der Verfassungsänderungen im Parlament über diesen Weg disziplinieren will.

Bei den Anhörungen zum Budget in der zweiten Parlamentskammer wurde deutlich, dass hohe zusätzliche Kreditaufnahmen nötig würden, um das Budget in der jetzigen Höhe zu finanzieren.

Vgl. MTI 8.10.99 MBI 17.10., 16. u. 24.11.99, PDI 10. u.11.10.99

Neuer Polizeichef

Neuer Chef der philippinischen Polizei (PNP) ist Panfilo Lacson. Sein Vorgänger war unter anderem wegen angeblicher Nachlässigkeit in der Verfolgung von Drogenhändlern entlassen worden, die Lacson damals an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Lacson, bisher Leiter der präsidentiellen Arbeitsgruppe zur Verbrechensbekämpfung, ist nicht unumstritten. Menschenrechtsaktivisten beschuldigen Lacson einiger Vergehen wie Folterungen während der Zeit unter dem Kriegsrecht. Lacsons erste Vorschläge lösten heftige Debatten aus, so will er den Besitz von Waffen verbieten lassen, ein neues Personalausweis und Verhaftungen ohne Haftbefehl ermöglichen.

Vgl. PDI 16.11.99, 24.11.99

Rechte der Alten

Ein Gesetzentwurf, der den Rechten älterer Menschen Beachtung schenkt, ist auf Initiative der »Koalition für Dienste an den Älteren« (COSE) im Kongress diskutiert worden. Er soll den Senioren größere Unabhängigkeit verschaffen und das Recht auf Selbstbestimmung und Mitbestimmung der alten Menschen stärker berücksichtigen als die vom Wohlfahrtsgedanken geprägte bisherige Gesetzgebung. In den Philippinen ist die Gruppe der Menschen über 60 Jahren mit 5,4 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung eine zahlenmäßige Minderheit.

Vgl. UCAN 15.10.99

Medienkontrollbehörde in der Kritik

Unter Druck geraten ist die als liberal geltende Vorsitzende der Kontrollkommission für Film und Fernsehen MTRCB (Movie and Television Review and Classification Board).

Ihre Behörde hat mit Beginn der Estrada-Administration die Zensurpolitik liberalisiert. Auslöser der Kontroverse war eine Fernsehshow, in der sich die Schauspielerin Rosanna Roces sehr spärlich gekleidet gezeigt hatte.

Aber auch die zahlreichen Sexfilme in den Kinos und Fernsehsendungen, die ungeschnitten Nacktszenen zeigten, werden nun beklagt. So warnte Erzbischof Kardinal Sin vor deren negativen Einflüssen und forderte ein Beschneidung des Budgets für

die Kontrollbehörde und die Entlassung der Verantwortlichen.

Die Vorsitzende, Armida Siguon-Reyna, selber Filmproduzentin, weigert sich zurückzutreten. Sie habe ihre Arbeit gemacht und zahlreichen Filmen mit nur pornographischem Inhalt die Genehmigung verweigert. 23 Filmtheater wollen nun vorerst keine Filme mehr mit exzessiven Sex- und Gewaltszenen zeigen. Die Zensurbehörde untersagte nun die Vorführung zweier bekannter englischer Filme bei einem Festival, Trainspotting und Secrets & Lies.

Vgl. MT 14.11.99, PDI 30.10., 7., 9. u. 11.11.99

Umkämpfte Verhandlungen

Bei den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der MILF (Moro Islamic Liberation Front) ist für Mitte Dezember die erste Gesprächsrunde geplant. Zwischenzeitlich waren heftige Kämpfe aufgeflammt, so nahmen 100 Kämpfer der MILF in Nord Cotabato rund 80 Bewohner des Dorfes Tibao als Geiseln und hielten sie unter anderem in der Kirche fest. zuvor hatte es im nahegelegenen Carmen heftige Kämpfe gegeben. Ein neuer Waffenstillstand wurde geschlossen, um die Feindseligkeiten zu beenden. Mehr als viertausend Dorfbewohner waren im Oktober vor

Kämpfen zwischen MILF und Armee nach Maitum, Sarangani, geflohen. Für ihre sichere Rückkehr forderten sie in einer Gebetsdemonstration, dass die MILF ihre Posten vor den betroffenen Dörfern aufgibt.

Vor der Eröffnungszerremonie der Friedensverhandlungen Mitte Oktober waren 80.000 Muslime für einen unabhängigen islamischen Staat auf den Philippinen und gegen eine föderale Lösung oder Autonomie auf die Straße gegangen.

Vgl. PDI 24.10., 2., 16. u. 17. 11.99, MBI 18.11.99, AFP 14.11.99

nachrichten

Medizinpflanzen als Eigentum

Zu Eigentümern von rund 200 Arten medizinisch wertvoller Pflanzen haben sich in Bukidnon drei Lumad-Stämme erklärt, nachdem traditionelle Heiler im Gebiet des Mount Kitanglad die Pflanzen aufgelistet hatten. Damit reagierten die Stämme auf das Bestreben von Pharmafirmen, bestimmte pflanzliche Inhaltsstoffe patentieren zu lassen. In den letzten Jahren waren mindestens fünf Forscherteams am Mount Kitanglad unterwegs, um Pflanzen für kommerzielle medizinische Zwecke zu sammeln. Der Häuptling betonte, alle Menschen, nicht nur einige Firmen, sollen von den Heilkräften der Pflanzen profitieren können.

Vgl. PDI 5.11.99

Teure Medikamente

Arzneimittelhersteller verkaufen ihre Erzeugnisse mit Aufschlägen von 500 bis zu 1000 Prozent über den realen Kosten. Durch die Überteuerung seien viele lebensrettende Medikamente für Millionen von Filipinos unerschwinglich. Dies haben Studien, unter anderem der regierungseigenen Philippine News Agency ergeben. So koste etwa das häufig verwendete Antibiotikum Amoxillin im Verkauf 22 Pesos, die Herstellungskosten pro Ampulle betragen 1,49 Pesos. Zwei Gesetzesvorhaben des Parlamentskomitees für Gesundheit sollen nun beschleunigt werden, damit Ärzte wo möglich keine Markenarzneien verschreiben, sondern günstigere Nachahmerprodukte.

Vgl. PDI 8.11.99, PST 18.11.99